Richtlinie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
über die Festsetzung
der Tarife für Sozialtickets
im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)
als Höchstarif
(Sozialticket-Richtlinie - Soz-RL -)

Die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR erlässt hiermit

- *auf der Grundlage der Richtlinien Sozialticket 2011 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr*
- *auf der Grundlage der § 5 Abs. 2 Ziff. 5 ZVS und § 9 AöR-Satzung (Finanzierungsübertragung der Aufgabenträger auf die VRR AöR)*
- *mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 19. Juli 2011*

die nachfolgenden Regelungen als ALLGEMEINE VORSCHRIFT gemäß Art. 3 Absatz 2 VO (EG) Nr. 1370/2007:

- § 1 Die Tarife für Sozialtickets im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) werden im Rahmen einer allgemeinen Vorschrift als Höchstarif i. S. v. Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 festgesetzt. Die damit verbundene gemeinwirtschaftliche Verpflichtung umfasst
- a) die Beförderung von Fahrgästen mit Sozialtickets des VRR-Gemeinschaftstarifs im Schienenpersonennahverkehr nach § 2 Abs. 5 AEG sowie im Verkehr mit Straßenbahnen und Obussen, im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 und § 43 Nr. 2 PBefG mit Quelle und Ziel im Verbundgebiet zu den jeweils von den Genehmigungsbehörden zugestimmten Beförderungsentgelten, Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen des VRR-Gemeinschaftstarifs;
 - b) den Abschluss eines Kooperationsvertrages oder ausnahmsweise im Falle geringfügiger Verkehrsleistungen im Übergangsbereich (ein- und ausbrechender Verkehr) eines Assoziierungsvertrages mit der VRR AöR;
 - c) die Teilnahme am Einnahmenaufteilungsverfahren im VRR nach Maßgabe der entsprechenden Verträge.
- Das komplette VRR-Tarifwerk ist im Internetauftritt der VRR AöR abrufbar (www.vrr.de).
- § 2 Geografischer Geltungsbereich der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung ist das Gebiet, welches sich aus Anlage 1 ergibt.

- § 3 Soweit mit benachbarten Verkehrs- und Tarifverbänden oder Tarifgemeinschaften tarifliche Regelungen für den grenzüberschreitenden Verkehr mit Sozialtickets bestehen, sind entsprechende Vereinbarungen über die Anerkennung abzuschließen..
- § 4 Unternehmen, welche den VRR-Gemeinschaftstarif anwenden, haben Anspruch auf
- a) den Abschluss eines Kooperationsvertrages gemäß Verbundgrundvertrag (Anlage 3) oder ausnahmsweise im Falle geringfügiger Verkehrsleistungen im Übergangsbereich (ein- und ausbrechender Verkehr) auf den Abschluss eines Assoziierungsvertrags mit der VRR AöR
 - b) die Teilnahme am Einnahmenaufteilungsverfahren im VRR nach Maßgabe der entsprechenden Verträge, und
 - c) die Gewährung von Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen i.S.v. Art. 2 lit. g) VO (EG) Nr. 1370/2007 nach näherer Maßgabe der Anlage 2 zu dieser Richtlinie, soweit die Anwendung der Tarife für Sozialtickets des VRR-Gemeinschaftstarifs dies erforderlich macht; ergänzend ist zur Antragstellung, zum Bewilligungsverfahren und zu den Ausgleichsmechanismen die Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr entsprechend anzuwenden, soweit die Anlage 2 keine speziellere Regelung enthält; die jeweils aktuelle Fassung dieser Finanzierungsrichtlinie des VRR ist im Internet-Auftritt des VRR abrufbar (www.vrr.de).
- § 5 Unternehmen, die für die Anwendung der Tarife für Sozialtickets des VRR-Gemeinschaftstarifs eine Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen erhalten und anderen betrieblichen Tätigkeiten als der Beförderung von Fahrgästen mit Fahrausweisen des VRR-Gemeinschaftstarifs nachgehen, haben eine Trennungsrechnung einzurichten. Die Durchführungsvorschriften für die Trennungsrechnung ergeben sich aus Nr. 5 des Anhangs zur VO (EG) Nr.1370/2007 sowie dem entsprechend anzuwendenden Abschnitt 6 der Finanzierungsrichtlinie des VRR. Die Schlüsselung von Querschnittsfunktionen hat nach den Grundsätzen der Sachgerechtigkeit und Stetigkeit zu erfolgen. Die Trennungsrechnung muss den gleichen Zeitraum wie die Jahresabschlüsse umfassen.
- § 6 Unternehmen, die für die Anwendung der Tarife für Sozialtickets des VRR-Gemeinschaftstarif eine Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen erhalten, verpflichten sich, die Regeln der Nrn. 1 bis 6 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 einzuhalten. Näheres regeln die entsprechend anzuwendenden Abschnitte 5 und 8 Finanzierungsrichtlinie des VRR. Für Verkehrsunternehmen die unter die Vorgaben der EU-VO (EG) Nr. 1998/2006 („De-minimis“-Beihilfen) fallen, gelten die Regelungen dieser EU-VO .
- § 7 Der Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung gemäß Nr. 7 Anstr. 1 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 ergibt sich u. a. daraus, dass die Betreiber der Personenverkehrsdienste im VRR das Marktrisiko tragen. Der Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung der Erbringung von Personenverkehrsdiensten ausreichend hoher Qualität gemäß Nr. 7 Anstr. 2 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 ergibt sich u. a. aus dem Nahverkehrsplan des VRR und dem jeweiligen Nahverkehrsplan der lokalen Aufgabenträger. Näheres regelt die Anlage 5 der Soz-RL.
- § 8 Als Durchführungsvorschriften für die Aufteilung der Einnahmen aus dem Fahr-scheinverkauf gemäß Art. 4 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 werden die Regelungen des VRR-Einnahmenaufteilungsvertrages und der VRR-Einnahmenaufteilungsrichtlinie festgelegt.
- § 9 Die Erfüllung der Veröffentlichungspflicht gemäß Art. 7 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007 erfolgt, bezogen auf diese allgemeine Vorschrift, durch die VRR AöR.

- § 10 Diese Richtlinie ist befristet bis zum 31. Dezember 2012. Eine Verlängerung ist nicht möglich. Bei der Beschlussfassung über eine neue Richtlinie sind die Ergebnisse der Evaluierung und die Anforderungen aus den Änderungen an dem derzeitigen Rechtsrahmen zu berücksichtigen (z.B. PBefG).
- § 11 Die Effekte aus der Einführung des Sozialtickets und der damit einhergehenden Ausgleichsleistungen sind durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu evaluieren. Näheres regelt die Anlage 4 dieser Richtlinie.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Geltungsbereich	(noch zu erstellen)
Anlage 2	Ermittlung Ausgleichsbetrag	
Anlage 3	Verbundgrundvertrag oder Assoziierungsvertrag (ist in der Abstimmung)	
Anlage 4	Evaluierung	(noch zu erstellen)
Anlage 5	Anreizregelung	(noch zu erstellen)

Geltungsbereich

Anlage 1 wird nach Ablauf der Frist erstellt und enthält den eingeschränkten Geltungsbereich.

1. Zu gewährende Ausgleichsleistung

Der gemäß § 4 Buchstabe c) der Richtlinie zu gewährenden Ausgleichsleistung liegt der nach folgender Ziff. 2 dieser Anlage zu berechnende Ausgleichsbetrag zugrunde. Die Unternehmen haben einen Anspruch auf vollständigen Ausgleich der Mindereinnahmen und weiterer finanzieller Nachteile durch die Einführung des Sozialtickets gegenüber der VRR AöR.

Der Ausgleichsbetrag ist der in beihilferechtlicher Hinsicht maximal mögliche Ausgleich für finanzielle Nachteile aus der Einführung des Sozialtickets. Mindereinnahmen sind insbesondere Rabattierungseffekte und Tarifnachteile aus Wanderungseffekten.

Mehreinnahmen und andere positive Netzeffekte durch das Sozialticket werden bei der Ermittlung des Ausgleichsbetrags angerechnet, sodass sie den Ausgleichsbetrag vermindern.

Der VRR verwendet die sich aus den Richtlinien des Landes NRW über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen ergebenden Finanzierungsmittel ausschließlich für den Ausgleich von Mindereinnahmen.

2. Berechnung des Ausgleichsbetrags

2.1 Ausgleichsvoraussetzungen

Im Schienenpersonennahverkehr nach § 2 Abs. 5 AEG sowie im Verkehr mit Straßenbahnen und Obussen, im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 und § 43 Nr. 2 PBefG mit Quelle und Ziel im Verbundgebiet zu den jeweils von den Genehmigungsbehörden zugestimmten Beförderungsentgelten, Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen des VRR-Gemeinschaftstarifs ist dem Unternehmer für die Beförderung von Personen mit dem Sozialticket auf Antrag ein Ausgleich nach Maßgabe von Ziff. 2.3 zu gewähren, wenn und soweit durch die Einführung des Sozialtickets dem Verkehrsunternehmen Mindereinnahmen und weiterer finanzieller Nachteile entstehen.

2.2 Ermittlung des Ausgleichsbetrages

2.2.1 Mindereinnahmen

Die Ermittlung der Mindereinnahmen erfolgt durch einen Vergleich der Tarifeinnahmen vor und nach Einführung des Sozialtickets. Näheres regelt Anlage 4.

Zur Ermittlung einer Plan-Mindereinnahme wird näherungsweise auf folgende Formel abgestellt (Ex-ante-Betrachtung):

Auf die Anzahl der Anspruchsberechtigten wird eine Plan- Nutzerquote von 14% (davon 6,4% Sozialticket-Neukunden) angewandt. Die so ermittelte Plan-Anzahl an Sozialticketnutzern wird mit dem Absenkungsbetrag zwischen dem Sozialticket-Preis und dem durchschnittlichen Referenzticket-Preis von 43,82 €/Monat multipliziert. Der so ermittelte monatliche Absenkungsbetrag wird mit 12 Monaten multipliziert. Mehreinnahmen durch 6,4% Sozialticket-Neukunden werden in Abzug gebracht. Das Ergebnis stellt die Plan-Mindereinnahmen dar.

Die tatsächlichen Mindereinnahmen (Ist-Ergebnisse) werden im Rahmen der Evaluierung gem. Anlage 4 ermittelt.

3. Finanzierung und Verteilung der Ausgleichsbeträge

- 3.1 Das Land gewährt nach den Maßgaben der Richtlinien des Landes NRW über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen sowie den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO - VV/VVG – Zuwendungen zur Förderung von Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr. Es besteht kein Rechtsanspruch gegenüber dem Land auf die Gewährung der Zuwendung; vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde des Landes aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die Art, der Umfang und die Höhe der Mittel richtet sich nach Punkt 5 der Richtlinien des Landes NRW über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen.

Maßstab für die Verteilung dieser Mittel auf die Verkehrsunternehmen ist deren Anteil an den insgesamt verkauften Sozialtickets des jeweiligen Jahres der Verkehrsunternehmen im VRR. Zur Ermittlung werden die Landesmittel durch die gesamt im VRR verkauften Sozialtickets geteilt und mit der Stückzahl der verkauften Sozialtickets des Verkehrsunternehmens multipliziert.

- 3.2 Reichen die Mittel des Landes gem. Ziff. 3.1 nicht aus, um sämtliche nach Ziff. 2.2.1 berechneten Ausgleichsansprüche für Mindereinnahmen zu erfüllen, besteht ein Anspruch auf Ausgleich der weiteren Mindereinnahmen gegen die VRR AöR.

Für den Fall, dass eine Finanzierung durch eine Gebietskörperschaft erforderlich ist, gilt folgendes.

Erbringt ein Verkehrsunternehmen im Gebiet mehrerer Aufgabenträger Verkehrsleistungen, erfolgt die Zuordnung der Refinanzierung der Ausgleichsleistung nach dem auf sie entfallenden Anteil an den vom Verkehrsunternehmen im jeweiligen Jahr insgesamt im Geltungsbereich der Anlage 1 erbrachten Wagenkilometern im Schienenpersonennahverkehr nach § 2 Abs. 5 AEG sowie im Verkehr mit Straßenbahnen und Obussen, im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 und § 43 Nr. 2 PBefG mit Quelle und Ziel im Verbundgebiet.

- 3.3 Werden zugeschiedene Landesmittel nicht oder nicht in voller Höhe verausgabt oder benötigt, werden sie in die Verteilungsmasse zurückgeführt.

4. Verfahren

- 4.1 Antrag
Der Antrag auf Gewährung eines Ausgleichs ist vom Unternehmen bis zum 31. Oktober 2011 bei der VRR AöR zu stellen. Der Antrag ist nach dem VRR-weiten Muster zu stellen.

Der Antragsteller hat auf Aufforderung der VRR AöR eine Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers oder einer von der Genehmigungsbehörde anerkannten Stelle oder

Person über die Richtigkeit der Angaben beizubringen. Bestehen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben, kann die VRR AöR weitere Nachweise verlangen.

4.2 Vorauszahlungsbescheid

Der Vorauszahlungsbescheid ist schriftlich zu erlassen und dem Antragsteller zuzustellen. Wird dem Antrag nicht oder nicht in vollem Umfang entsprochen, ist die Entscheidung schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. In dem Vorauszahlungsbescheid werden maximal die anteilig auf den Antragsteller entfallenden Landesmittel als Abschlag auf die endgültigen Ausgleichsleistungen gewährt.

4.3 Änderungen der Voraussetzungen

Jede Änderung der Tatsachen, die der Berechnung des Ausgleichs zugrunde liegen, ist unverzüglich der Genehmigungsbehörde anzuzeigen.

4.4 Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis zum Nachweis der Mindereinnahmen nach Ziff. 2.2.1 wird von Amtswegen durch die VRR AöR auf Grundlage der Evaluierung gem. § 11 dieser Richtlinie geführt.

5. Auszahlungen und Schlussbescheid

Die Auszahlung der Landesmittel nach Ziff. 3.1 erfolgt unmittelbar nach Bestandskraft der Zuwendungsbescheide nach Ziff. 4.2. Bei der Verwendung und Weiterleitung der Pauschale sind haushaltsrechtliche Bindungen und sonstige gesetzliche Bestimmungen zu beachten.

Die Verzinsung richtet sich nach § 7 Abs. 6 Satz 3 Einnahmenaufteilungsvertrag.

Der Schlussbescheid wird von der VRR AöR von Amtswegen auf der Grundlage der tatsächlichen Mindereinnahmen (Ist-Ergebnisse) im Rahmen der Evaluierung nach Anlage 4 erstellt. Der Zeitpunkt der Bescheiderstellung richtet sich nach dem Vorgaben der Anlage 4. Basierend auf diesem Schlussbescheid erfolgt ggf. eine Korrekturabrechnung nach Bestandskraft des Schlussbescheides.

Verbundgrundvertrag oder Assoziierungsvertrag

Die Anlage 3 enthält den am 15. Dezember 2010 vom Verwaltungsrat beschlossenen Verbundgrundvertrag (R/VIII/2010/0088/1).

Evaluierung

Vorbehaltlich einer abschließenden inhaltlichen Ausgestaltung der Evaluierung durch die Beteiligten lässt sich das Verfahren in seinen Grundzügen wie folgt beschreiben:

1. Das Evaluierungsverfahren wird in Zusammenarbeit zwischen der VRR AöR, einem Wirtschaftsprüfer und Einnahmenaufteilungsfachleuten entwickelt und durch sie in der Pilotphase begleitet
2. Ermittlung des Mobilitätsverhalten für den Vorher-/Nachher-Vergleich
Zur Ermittlung der sozialticketbedingten Einnahmenveränderungen wird eine Marktforschung beauftragt. Grundgesamtheit dieser Marktforschung sind die Berechtigten, die sich mit der Beantragung des Berechtigungsausweises beim Leistungsträger den Zugang zum Sozialticket verschaffen.

Von diesen wird zeitgleich mit der Ausgabe des Berechtigungsausweises die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Interview zur bisherigen Verkehrsmittel- und Ticketnutzung erfragt. Aus dem Kreis der einer Befragung zustimmenden Berechtigten, wird mit einer repräsentativen Stichprobe – ggf. nach Quotenvorgabe mit einem Haushaltsmitglied des Berechtigten – ein Interview geführt. Mit der Durchführung der Interviews und deren Auswertung wird ein professionelles Marktforschungsinstitut beauftragt.

Die Anzahl an vollständigen Interviews muss so groß sein, dass Aussagen zu sozialticketbedingten Einnahmenveränderungen auf Stadt- bzw. Kreisebene möglich sind. Zur Gewährleistung einer ausreichenden statistischen Sicherheit sind mindestens n=4.200 Interviews erforderlich.

Die Zeit, in der die Interviews durchgeführt werden, beginnt im November 2011 und endet ca. im Mai 2012. Auf diese Weise kann die sich gewöhnlich erst aufbauende Marktdurchdringung berücksichtigt und für eine Hochrechnung auf Kalenderjahre genutzt werden.

3. Evaluierungsschritte:
 - a. Überprüfung des Plan-Ausgleichsbetrages (ex-ante-Betrachtung) zur Vermeidung einer Überkompensation im Vorhinein
 - b. Überprüfung des Ist-Ausgleichsbetrages (ex-post-Betrachtung) durch ein Vorher/Nachher-Vergleich mit Ergebnissen aus der Ermittlung des Mobilitätsverhaltens gem. Ziff. 2 dieser Anlage
 - Berücksichtigung der Punkte:
 - o Rabattierungseffekte
 - o Wander-/Sortimenteffekte
 - o Netzeffekte (Neukunden)
 - o Nachgewiesene weiterer finanzieller Nachteile durch die Einführung des Sozialtickets
 - 1. Schritt: Auswirkungen auf die Aufgabenträger
 - o Analog zur Ermittlung der Plan-Mindereinnahme und weiterer finanzieller Nachteile durch die Einführung des Sozialtickets (ex-ante-Betrachtung) gem. Ziffer. 2.2.1 der Anlage 2 wird unter Beachtung der Ergebnisse der Ermittlung des Mobilitätsverhaltens eine Vorher-/Nachher-Vergleichsrechnung angestellt.

- Die Bewertung erfolgt unter Berücksichtigung aller positiven und negativen Auswirkungen/Effekte aus der Einführung des Sozialtickets.
- 2. Schritt: Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen
 - Es greifen die Regularien der Einnahmenaufteilung und die Ergebnisse der Verkaufsstatistik.
 - Die Ermittlung der Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen leitet sich aus der Ermittlung der Auswirkungen auf die Aufgabenträger ab.
 - Die Bewertung erfolgt unter Berücksichtigung aller positiven und negativen Auswirkungen/Effekte aus der Einführung des Sozialtickets
(Hinweis: Verkäufe/Kassentechnische Einnahmen entsprechen nicht dem Anspruch aus der Einnahmenaufteilung)

Basierend auf diesen Ausführungen erfolgt die konkrete Ausgestaltung der Evaluierung im Rahmen der Bestellung und Beauftragung der Wirtschaftsprüfer.

Anreizregelung

Die Anlage 5 enthält Anreizregelungen und wird in Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen erarbeitet. Darin wird der Anreiz gemäß Punkt 7 der Anhangsrechnung VO (EG) Nr. 1370/2007 konkretisiert. Diese Anlage wird spätestens im Dezember Sitzungsblock 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt.